Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 1,— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 1,— für Deutschland (Couvert)
fl. 1,70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 1,50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 21. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben. 20. Mai 1887.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Für die Opfer der „Geheimbund"-Justizmorde.

Im Februar gingen bei uns ein:
Bern (A. St. Fr. 10 —, Boder L. 10 —, B. 5 —, K. 7 —, Sch. 2 —, R. 10 —, zusammen Fr. 44 —) = Mk. 35 20 für Frankfurt und Offenbach a/M. G. Schk. Manchester (40 Cents) 1 60 pr. H. N. York für Freiberg.

Im März gingen bei uns ein:
Vorwärts, Buenos-Aires (Fr. 220 —) Mk. 176 —.

In Nr. 20 quittirt:	Mk.	206 43
Heute	„	212 80
Insgesammt:	„	419 23

Allgemeiner Unterstützungs-Fonds.

Im Februar und März gingen bei uns ein:
Vorwärts, Buenos Aires (Fr. 154 —) Mk. 123 20. Zu lebenslängl. Heuchelei Verurtheilter 5 50. C. M. Langnau (2 —) 1 60. E. K. durch R. Sch. (6 —) 4 80. P. M. und Ungenannt Bern (5 — u. 1 —) 4 80. Zu Kaisers Geburtstag gesammelt v. d. Gemaßregelten 3 —. J. B. Bst. (1 75) 1 40. v. Kamerun Seefeld-Zch. (3 40) 2 72. R. H. Lyon (2 50) 2 —. Bankol Sotoebondo (25 —) 20 —. P.-G. Bukarest (5 —) 4 —.

In Nr. 20 quittirt:	Mk.	456 17
Heute	„	173 02
Insgesammt:	„	629 19

Allgem. Wahl- 2c.-Fonds.

Im Februar und März gingen bei uns ein:
J. D. L. Mk. 10 —. E. H. Troyes (Fr. — 50) — 40. L. Sch. Dd. — 60. Paris vom „Socialiste" (350 —) 280 —, nachträgl. Beitrag zum deutschen Wahlkampf. P.-G. Bukarest (15 —) 12 —, Beitr. 1. Qu.

In Nr. 20 quittirt:	Mk.	223 93
Heute	„	303 —
Insgesammt:	„	526 93

Anderweitige Nachträge per Februar und März folgen mit der Juli-Quittung.

Die Administration des „Sozialdemokrat".

Die Stellung der Sozialdemokratie zum Parlamentarismus.

Unter dem Titel: „Die Arbeiter, der Parlamentarismus und die bürgerlichen Parteien in Deutschland" veröffentlicht Max Schippel in der Wiener „Gleichheit" eine Reihe von Artikeln, in denen er auszuführen sucht, erstens daß die „positiven Gefahren und Schäden der parlamentarischen Vertretung" seitens der Partei noch nicht genügend in Betracht gezogen werden, und zweitens daß die Klarheit der Stellungnahme der Sozialdemokratie zu andern Parteien „unbedingte Ablehnung jeder aktiven oder passiven Unterstützung der Bourgeoisparteien, auch bei Stichwahlen," erfordert.

Es sind das Fragen, die, so oft sie auch schon erörtert worden, dennoch einer erneuten Besprechung werth sind. Und kein Moment ist wohl geeigneter zu ihrer Erörterung als der gegenwärtige, wo der Wahlkampf vorüber ist und keinerlei akute Streitfragen die Gemüther erhitzen, wo also leidenschaftslos und unpersönlich das Für und Wider erwogen werden kann. Wir gehen daher sehr gern auf die von Schippel eröffnete Debatte ein.

Was zunächst die Frage nach den Gefahren und Schäden der parlamentarischen Vertretung betrifft, so geben wir Schippel ohne Weiteres zu, daß solche bestehen; nur suchen wir sie nicht durchweg da, wo er sie sucht, und weichen auch in den Schlußfolgerungen wesentlich von ihm ab.

„Eine Partei wie die der deutschen Arbeiter", sagt Schippel, welche „die Herrschaft der Besitzenden nicht theilen, sondern vernichten will, für die jede Maßregel der Gesetzgebung und Verwaltung daher nur gerade soweit Bedeutung hat, als sie diesem Ziele uns näher bringt und bestehende Hindernisse für die endliche Erreichung hinwegräumt . . ., hat von unseren Parlamenten in aller absehbaren Zeit sehr wenig zu erwarten, und wenn sie es hier ja zu einigen Erfolgen bringt, so geschieht es nur, weil die Besitzenden wissen, daß hinter den sozialdemokratischen Vertretern Hunderttausende von entschlossenen Arbeitern stehen, welche durch keinerlei Kniffe und politische Schachzüge dem Sozialismus abspenstig zu machen sind, weil sie dessen Wahrheit und die Folgen der Kapitalsherrschaft erkannt. Lediglich in dieser unerschütterlichen Ueberzeugung, in diesem zielbewußten Denken der Massen liegt unser dereinstiger Sieg in der Zukunft, und liegt auch heute schon unser politischer Einfluß. Für uns ist daher von wirklich fundamentaler Bedeutung einzig und allein die Massenagitation und ihr Erfolg."

Das ist richtig, und wir glauben auch nicht, daß irgend ein Genosse — so gemäßigt er sonst sein mag — gegen diesen Satz Einwand erheben wird. Der Streit handelt sich nur darum, was bringt uns unserm Ziele näher und räumt bestehende Hindernisse für dessen endliche Erreichung hinweg? Darüber gehen die Ansichten, wie bekannt, ziemlich weit auseinander.

Es gibt Leute, die alles und jedes, selbst das kleinste Winkelparagräphchen in diesen Begriff hineinziehen, während Andere alles verpönen, was nicht ausgesprochen sozialistische Forderungen sind. Nun werden im Reichstag aber auch Dinge verhandelt, die zwar für das Ziel der Sozialdemokratie — wir möchten sagen, indifferent, unter den heutigen Verhältnissen aber unzweifelhaft für die Arbeiterklasse von großem Interesse sind. Nehmen wir z. B. das Unfallversicherungsgesetz. Für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise ist die Art seiner Abfassung ziemlich gleichgiltig, von einem gewissen Standpunkt aus kann man sogar sagen, je schlechter, um so aufreizender und also auch umstürzlerischer. Anderseits wollen aber die Arbeiter, bis das Ziel ihrer Emanzipation erreicht ist, nicht geschunden sein, es gilt also, ihre Interessen wahrzunehmen, will man nicht den Einfluß auf die größere, noch nicht sozialistische Masse verscherzen. Der Hinweis darauf, daß der Schwerpunkt unserer Partei in den Massen liegt, so wichtig er auch ist, genügt also an sich noch nicht, um die Frage zu entscheiden, wie weit die parlamentarische Thätigkeit unserer Abgeordneten zu gehen hat. Mit ihm allein ließe sich alles rechtfertigen.

„Die Zahl der parlamentarischen Mandate", fährt Schippel fort, „ist darum durchaus nicht gleichgiltig, aber sie gewinnt für uns Bedeutung nur dadurch, daß sie mehr oder weniger Leuten gestattet, durch das offene Fenster des Reichstags, welcher die Redebeschränkungen der Volksversammlung nicht kennt, hinaus zum Volke zu reden und dessen schlummerndes Selbstbewußtsein zu wecken. Denn für Abstimmungen und Beschlüsse sind in unseren heutigen Parlamenten 36 sozialdemokratische Abgeordnete ebenso nichtssagend wie 24 oder 12 — vorausgesetzt natürlich, daß es sich nicht um kleine häusliche Streitigkeiten der bürgerlichen Interessenkreise unter sich allein handelt — hier treiben ja mancherlei Zufälle ihr Wesen — sondern um die uns mitberührenden Fragen des Gegensatzes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten."

Das stimmt doch nicht ganz. Es kommt nämlich vor, daß Fragen, die den Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ganz erheblich berühren, mit „häuslichen Streitigkeiten der bürgerlichen Interessenkreise" zusammenfallen. Da kann es nun doch von Bedeutung sein, ob 36 sozialdemokratische Stimmen in die Wagschale fallen oder nur 12. Kein Zweifel, jedesmal, wo es sich um die Fundamentalforderungen der Sozialdemokratie handelt, werden wir die gesammten bürgerlichen Parteien als eine geschlossene Armee gegen uns haben, aber diese Forderungen sind vorläufig nur unser theoretisches Rüstzeug; sind wir einmal soweit, sie praktisch zu stellen, dann — ja gerade dann werden wir auf den Parlamentarismus verzichten können. Bis dahin gilt es, die Thatsache auszunutzen, daß die bürgerlichen Parteien zwar selbstverständlich sammt und sonders Gegner der Sozialdemokratie sind, aber keineswegs eine einheitliche „Masse."

Hier ist der Punkt, der uns hauptsächlich von Schippel trennt, wir werden aber darauf in einem späteren Artikel zurückkommen, der von der Stellung der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien handeln wird.

Wenden wir uns jetzt zu dem „Hinaus zum Volke reden".

Dies ist wiederum eine Sache, über die grundsätzlich in der Partei nur eine Stimme herrscht, und die doch mit der einfachen Zustimmung noch keineswegs erledigt ist. Es kommt nicht blos darauf an, daß zum Volke hinaus gesprochen wird — das thun schließlich alle Parteien — sondern was und wie zum Volke hinaus gesprochen wird. Und gerade darüber ist noch am wenigsten geschrieben worden — wohl hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Gefahr so nahe liegt, persönlich zu verletzen. Indeß, hier handelt es sich nicht um spezielle Fälle, sondern um allgemeine Normen, und darum sei es uns gestattet, Einiges zu dieser Frage zu bemerken.

Was heißt zum Volke hinaus reden?

Es bedeutet keineswegs, auf der Tribüne des Reichstags Reden zu halten, die ausschließlich auf die Massen außerhalb des Reichstags berechnet sind. Solche Reden würden sehr bald nicht nur im Reichstage, sondern auch außerhalb desselben jede Wirkung verlieren, weil sie mehr und mehr den Eindruck des Gemachten, Erkünstelten hervorrufen würden. Eine Rede wirkt aber um so mehr auf Hörer und Leser, als sie — abgesehen vom stofflichen Inhalt — den Charakter des Urwüchsigen, im Augenblick Empfundenen trägt. Das kann sie aber nur, wenn sie an das Publikum gerichtet ist, vor welchem der Redner gerade steht.

Etwas Andres ist es jedoch, ob der Redner sich von dem Publikum abhängig machen soll, zu dem er spricht. Hier ist der Punkt, in welchem nach unserer Ansicht am leichtesten gesündigt wird. Ueber den vermutheten Eindruck im Hause, bezw. auf das Haus wird der Eindruck, den die Rede bei den Hörern außer dem Hause, bei der großen Masse des Volkes machen muß, wenn sie nicht jeden agitatorischen Werth einbüßen soll, vergessen. Wenn der Redner so spricht, als glaube er im Ernst, unsere Gegner bekehren zu können, als sei es nur mangelnde Erkenntniß, nicht das Interesse ihrer Klasse, was die Herren von uns trennt, so wird er im Hause vielleicht wohlwollende Anerkennung finden — ohne daß natürlich die wohlwollenden Herren darum ihr Klasseninteresse aufgeben werden — draußen im Volke aber und namentlich bei denen, welche die Bedrückungen der herrschenden Klassen am lebhaftesten empfinden, nur Enttäuschung hervorrufen. Vergißt der Redner die Kluft, die uns von den bürgerlichen Parteien trennt, so wird seine Rede auch nicht die Ueberlegenheit der Sozialdemokratie über jene zum Ausdruck bringen. Und das heißt — da wir nun einmal mit den Herren nicht auf dem Standpunkt der Gleichheit verkehren können — sich zur Unbedeutendheit verurtheilen.

Zum Volke hinaus wird Der am besten reden, der es sich zum Grundsatz macht, in den Reichstag vom Volk herein zu reden; statt in den Parlamentston zu verfallen, den Ton anzuschlagen, welcher der Volksempfindung den gehörigen kräftigen Ausdruck gibt.

Daß hiergegen schon manchmal, und sogar bei recht wichtigen Anlässen gesündigt worden ist, kann Niemand leugnen, der nicht sein Auge den offenkundigen Thatsachen verschließt. Und wenn es sich nicht um ausgesprochen prinzipielle Verstöße handelt, so vergesse man nicht, daß schließlich auch die Form auf das Wesen zurückwirkt. Wer sich zum Sklaven der Form macht, der wird es schließlich auch in der Sache an der erforderlichen Schärfe fehlen lassen.

Hiermit fällt zusammen, was Schippel als eine weitere Gefahr des Parlamentarismus bezeichnet, die nämlich — um ihn selbst reden zu lassen — „daß die Abgeordneten in dem labyrinthisch irren Herüber- und Hinüberwogen des parlamentarischen Kleinkrieges den sicheren Blick für die alles beherrschenden großen Strömungen des öffentlichen Lebens verlieren. Mancher früher kräftig durchgreifende und darum meist das Richtig treffende Gesinnungsgenosse kommt in Gefahr, sich im Parlament das superkluge, bei allen verschlungenen Berechnungen natürlich gewöhnlich fehlgehende Diplomatisiren im Reichstag anzugewöhnen, wo es für Vertreter des Proletariats wahrhaftig nichts zu diplomatisiren gibt. Verstärkt wird diese Gefahr dadurch, daß die freundlichen, zum Theil sogar freundschaftlichen Beziehungen, welche parlamentarische Kollegen vielfach zu pflegen gezwungen sind, die wir auch gar nicht aufgehoben sehen wollen — daß diese Beziehungen, sage ich, das Gefühl für die Schärfe der Interessengegensätze gegen andere Parteien abstumpfen.

„Dazu kommt, daß das Aufgehen im parlamentarischen Leben eine Einbuße an enger Fühlung mit dem Proletariat leicht mit sich bringt."

Es fragt sich nun, ist diese Gefahr oder vielmehr, ist diese Wirkung — denn die Gefahr läugnen wir durchaus nicht — nothwendig mit dem Parlamentarismus, d. h. mit dem Eintreten ins Parlament verbunden? Wenn ja, dann hätten die Anarchisten Recht, dann wäre es besser, wir verzichteten ein für allemal auf das kostspielige Vergnügen, Vertreter in das Parlament zu entsenden, als daß wir auch fernerhin auf ein Spiel eingehen, in dem wir nur verlieren könnten. Wenn aber nicht, dann wäre noch die Frage zu erörtern, die Schippel fernerhin aufwirft, ob es für die Partei von Werth ist, eine möglichst große Zahl von Mandaten zu erringen.

Was die erstere Frage anbetrifft, so stehen wir nicht an, sie ohne Weiteres zu verneinen. Es ist nicht eine naturnothwendige Folge des Eintretens in's Parlament, daß eine Partei an Energie und Schärfe verliert. Wo diese Wirkung eintritt, da ist auch sonst Manches nicht in Ordnung. Wer der parlamentarischen Korruption zugängig ist, pflegt auch andern Versuchungen nicht die nöthige Widerstandskraft entgegenzusetzen. Wenn die Anarchisten auf die parlamentarischen Ueberläufer verweisen, auf die Tolain, Nadaud 2c. in Frankreich, so vergessen sie dabei, daß die Ueberläuferei auch außerhalb der Parlamente anzufinden ist, und daß die extremsten Parteien davor ebensowenig gefeit sind wie andere. Je fester organisirt eine Partei ist, um so geringer der Schaden, den ein Ueberläufer anrichten könnte — in den meisten Fällen schadet da ein solcher nur sich, nicht aber der Partei, die er im Stiche läßt. Und je eifriger im Schooße der Partei an den Fundamentalprinzipien derselben festgehalten wird, um so geringer wird die Gefahr der Abschwächung im Parlament sein. Wir wollen durchaus nicht abläugnen, daß in letzterer Beziehung schon gefehlt worden — es stünde das uns auch sehr schlecht an — wir behaupten nur, daß das Heilmittel dagegen in der Hand der Genossen selbst liegt. Ihre Sache ist es, darauf bedacht zu sein, daß, wo die Einflüsse des Parlamentarismus Ueberhand zu gewinnen drohen, sie durch kräftige Gegenwehr von unten paralysirt werden.

Wie hoch man nun aber auch diese Gefahr schätzen möge, so ist doch gar kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß dieselbe in irgend einer bestimmten Beziehung zur Zahl der Abgeordneten steht. Sie ist bei 36 nicht größer als bei 12 — wenn sonst die Verhältnisse die gleichen sind. Sie zeigt sich nur bei 36 deutlicher, was aber ihre Größe keineswegs erhöht. Daß eine sehr energische Haltung, eine kühne, leidenschaftliche Sprache sich mit einer viel größeren Zahl von Abgeordneten verträgt, beweist das Auftreten der irischen Fraktion in dem englischen Parlament, deren Mitglieder zwar fromme Katholiken sind, sich aber durchaus nicht geniren, wenn es Noth thut, einen Kater Kater und einen Oberst Saunderson einen schamlosen Lügner zu nennen.

Ist aber die Zahl der Abgeordneten für die Gefahr des auf den parlamentarischen Leim Gehens gleichgiltig, so ist sie für die Repräsentation der Kraft der Partei doch nicht so bedeutungslos, als Schippel meint. Wir wollen uns sehr hüten, aus der Charybdis des parlamentarischen Kretinismus in die Scylla eines unpraktischen Doktrinarismus zu verfallen. Schließlich ist eine numerisch starke Vertretung im Parlament, das nun einmal ein Faktor unseres politischen Lebens geworden ist, eine Machtposition, die bei gehöriger Ausnutzung für die Partei von großem Vortheil sein kann. Der Nachtheil, daß die betreffenden Genossen zeitweise der lokalen Agitation entzogen werden, auf den Schipppel verweist, fällt hier gar nicht ins Gewicht. Erstens sitzen sie doch nur den geringsten Theil des Jahres im Reichstag, und dann ist es auch sehr leicht, durch zweckmäßige Arrangements einer Kräftevergeudung im Reichstag vorzubeugen.

Fassen wir zusammen:

Wir sind mit Schippel einverstanden, daß der Parlamentarismus mancherlei Gefahren für unsere Partei im Gefolge hat, die nicht unterschätzt werden sollen. Wir meinen aber, man soll sie auch nicht überschätzen, und sich dadurch zu verhängnißvollem Verzicht auf ein brauchbares Kampfmittel verleiten lassen.

Wir wissen nicht, was Schippel meint, wenn er sagt, daß „von einem gewissen Zeitpunkt ab die Vermehrung der Mandate sogar zu einem positiven Schaden für die Agitation und damit für die Partei werden kann.“ Unsere Ansicht aber ist: Solange wir überhaupt Vertreter ins Parlament entsenden, müssen wir auch darauf bedacht sein, ihre Zahl nach Kräften zu erhöhen.

„Die politische Oekonomie vom geschichtlichen Standpunkt.“

Unter diesem Titel hat Karl Knies aus Heidelberg im Jahre 1883 bei C. A. Schwetke und Sohn in Braunschweig ein Buch herausgegeben. Wir kommen mit der Besprechung desselben sehr spät und doch früh genug, weil es uns ganz und gar nicht um Empfehlung des Kniesschen Buches, sondern um die „Ecksteine“ der Sozialdemokratie zu thun ist, an welchen der Verfasser zu rütteln versucht. Er kann den Ecksteinen damit nicht schaden, aber wir glauben etwas zu deren Verdeutlichung beitragen zu können, wenn wir hier auf das eitle Gerüttel zurückkommen.

Ich habe keine Kunde darüber und glaube dennoch, den Verfasser für einen Professor halten zu müssen: so langstilig ist die Ausdrucksweise.

Wir haben es hier mit der bekannten Buchmacherei zu thun, welche auf 533 Seiten bandwurmartig verklingelt, was auf einem Zehntel des Raumes recht packend hätte gesagt werden können.

Auch daran glaube ich den „Professor“ zu erkennen: überall zaghaftes „einerseits und anderseits“, nirgends etwas Entschiedenes. Der Autor schleicht so sacht, als wenn er wohl wüßte, daß er auf zwei Achseln zu tragen hat und ihm die Freimüthigkeit von Stan deswegen untersagt ist. Non pas les rois s'en vont, sagte Marx, als der König der Franzosen 1848 nach England flüchtete, mais les capacités de la bourgeoisie s'en vont aussi. Nicht nur die Könige gehen flöten, sondern auch die professorale Weisheit. Die Wissenschaft ist auf dem Punkt angekommen, wo sie aufhört, unschuldig zu sein. Die Wahrheit wird heiklich und die Herren wollen doch „gut Kind“ bleiben, dürfen nicht gegen den Stachel lecken, müssen ihre Pfründe erhalten. Was bleibt da übrig? — Deutsche Reichsschranzen.

„Die politische Oekonomie vom geschichtlichen Standpunkt“ hat schon im Jahre 1853 das Licht der Welt erblickt. Statt „geschichtlicher Standpunkt“ hieß es damals: „Standpunkt der geschichtlichen Methode.“ Wegen dieser kleinen Wortvariation werden mehrere Seiten zum Nachweis des enormen Unterschieds in Anspruch genommen, und geben gleich einen Vorgeschmack von der endlosen Breite, die der Leser von seinem Autor zu erwarten hat.

Das Werk hatte damals keine Beachtung gefunden. Selbst der Professor Wilh. Roscher — so seufzt der Verfasser — „dem doch mein Buch gewidmet war“, hat es unterlassen, darauf aufmerksam zu machen. Erst zwanzig Jahre später thut derselbe seine kollegiale Schuldigkeit. Ein Professor muß doch dem andern die Bälge treten, sonst geht ja die ganze Koterie aus dem Leim.

„Ich hatte es — lautet die Vorrede — für eine neue große Sache gehalten, daß die Wissenschaft sich über die gegensätzliche Einseitigkeit, nicht blos der überkommenen Theorien zu Gunsten des Freihandels und der Schutzzölle, sondern auch kapitalistischer und sozialistischer Forderungen hinaushebe.“

Gewissermaßen ist das ja eine löbliche Tendenz, wenn man sich über die Einseitigkeit heraushebt. Vielseitig muß der Mensch sein und das Gute überall nehmen, wo er es findet. Der Schutzzoll hat seine Vortheile und der Freihandel auch. Der Kapitalismus hat das Seinige gethan und der Sozialismus wird auch das Seinige thun. Alles, was ist, ist wirklich, und alles Wirkliche ist gut und edel, aber — nicht überall und zu allen Zeiten, sondern mit Unterschied. Jedes zu seiner Zeit und an seinem Orte. Demnach darf und soll die Anerkennung alles Wirklichen als gut und edel nicht abhalten, die zeitweisen Kostbarkeiten auch zeitweise schlecht und miserabel zu finden. — Das ist der „geschichtliche“ Standpunkt.

Von diesem Verhältniß der Dinge besitzt der Karl Knies so etwas wie einen Begriff; aber nicht den Begriff, sondern nur so etwas; so'n Stückchen davon. Ist er deshalb zu tadeln? Mit nichten! Niemand kann Alles begreifen, und auch ist anzuerkennen, daß die Wirklichkeit in jedem Stückchen und Theilchen unerschöpflich und unauskenntlich ist. Demnach kann Niemand eine erschöpfende Kenntniß, auch nicht einmal von einer kleinen speziellen Sache haben. Und doch ist von einem Professor und von jedem Menschen zu verlangen, daß, wenn er ein dickes Buch über den geschichtlichen Standpunkt in der Oekonomie schreibt, er wenigstens das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden weiß.

Die Hauptsache oder das Wesentliche für Denjenigen, welcher über „die politische Oekonomie vom geschichtlichen Standpunkte“ schreiben oder sprechen will, ist: 1) das Wachsthum der Demokratie im politischen, und 2) das Wachsthum der Produktivkraft im ökonomischen Leben. —

Das hier so pro forma in Politik und Oekonomie getheilte Leben ist ein einziges, ein politisch-ökonomisches, allwo mit der produktiven Kraft der Völker ihre politische Macht und Gewalt, ihre Demokratie wächst, und dann folgt aus der Demokratie auch wieder die Steigerung der produktiven Arbeitskraft.

Von diesem Hauptstück und wesentlichen Zusammenhang des Themas hat der Herr Karl Knies in seinem dicken Buche kein Wörtchen gemeldet, ist vielmehr darum herumgeschlichen wie die Katze um den heißen Brei. An zwanzig Stellen seines „Werkes“ bindet er mit den Sozialisten ausdrücklich an, und an hundertundzwanzig Stellen wirft er ihnen Dreck nach, ohne sie mit Namen anzureden, und spricht so erhaben in die blaue Allgemeinheit, daß gar nicht zu wissen, ob man sich angegriffen fühlen soll oder nicht.

Der Knies weiß ganz nett zu sagen, wie alle die verschiedenen Theorien der Merkantilisten, Physiokraten, Freihandelsmänner, Schutzzöllner ꝛc. in gewissen Kreisen und zu gewissen Zeiten ihre Berechtigung haben, aber daß durch die ganze geschichtliche Entwicklung ein rother Faden geht, an welchem die Völker beständig lernen, mit wenig Arbeit viel Produkt und immer mehr und mehr davon zu schaffen, daß die ökonomische Produktivkraft beständig wächst und die Völker von der Knechtschaft erlöst, bezw. dieser Erlösung die Wege ebnet — davon scheint ihm nichts bekannt geworden.

Was Jedermann mit Augen sieht und mit Händen fühlt, entgeht den Professoren. Aber es entgeht ihnen nicht, daß die Arbeit angefangen hat, sich zu fühlen. Deshalb muß sie untergekriegt werden. Die politischen Gewalthaber widersetzen sich der demokratischen Entwicklung, und ihre „gelehrten“ Schranzen sollen der Arbeit ausreden, erstens daß sie alle Werthe zeuge, und zweitens daß es die Arbeit allein vermöge, den Völkern die erforderlichen Lebensmittel zu beschaffen. Wie darf man diesen gemeinen Faktor, wie darf man die Arbeit auf ein so hohes Pferd setzen?! Die Lehre, daß die gemeine Handarbeit die Grundlage der Politik, Religion, Familie, Humanität, Sittlichkeit, der Kultur überhaupt sei, daß aus dieser Grundlage der ganze idealistische Ueberbau, alle göttlichen und menschlichen Gesetze zu erklären seien, ist doch gar zu materialistisch für den Dozenten der „politischen Oekonomie vom geschichtlichen Standpunkte.“

Schon auf S. 27 tadelt er an Adam Smith, „daß das fundamentale Gebiet für seine Untersuchungen die menschliche Arbeit abgab.“ Zur Kunst reichsschranzender Buchmacher gehört vor Allem, daß man das geistige Element, die guten Absichten der Regenten, die „politischen, psychologischen und ethischen Momente“ in die Untersuchung mit hineinzieht, dann kommt ein ordentliches Quantum zusammen.

„Unter Smith's Schülern (heißt es S. 31) ist selber der so oft ungerecht beurtheilte Malthus hervorzuheben, der sogar Andeutungen gibt, daß man keine Vorwürfe gegen A. Smith richten solle, wenn derselbe Erscheinungen nicht in Erwägung gezogen habe, welche erst in Folge einer vorgeschrittenen geschichtlichen Entwicklung an den Tag getreten seien.

„Indessen können wir doch auch im Kreise der begabten Anhänger des A. Smith erst unter den etwas später auftretenden deutschen Nationalökonomen eine klarere Einsicht und entschiedenere Bestimmtheit über diesen Gegenstand nachweisen.“

Nun sind wir endlich von den englischen Größen Smith, Ricardo, Malthus bei der deutschen Herrlichkeit, bei den Konfratres des Herrn Knies angekommen. Da ist „der begabte H. Storch“, der „minderbegabte Krause“, der K. H. Rau und der große Roscher, der Hildebrand, der Schütz und wie sonst die professoralen Berühmtheiten mit ihren unsterblichen „Lehrbüchen“ noch alle heißen. Lassen wir sie stille da, wo sie sind. Sie locken alle zusammen keinen Hund hinter dem Ofen weg. Sehen wir lieber nach unseren „Ecksteinen“.

Der Verfasser plaidirt die Unmöglichkeit der sozialistischen Ideale: „Keine irgendwelche „„Organisation der Arbeit““ kann den quantitativ beschränkten Umfang und die räumlich differenzirte Vertheilung der körperlichen Dinge verändern... Wenn trotzdem der Glaube sich verbreiten soll, daß in einer zukünftigen Zeit der gleiche Genuß wirthschaftlicher Güter für „„alle““ Menschen ermöglicht werden könne, so ist man eben genöthigt, von ganz unmöglichen Erwartungen entweder bezüglich der „Natur“ oder bezüglich der „Arbeit“ auszugehen... Auch ein sozialistischer Schriftsteller wie Rodbertus, der sogar zugleich Gutsbesitzer und Landwirth war, verkündigt, daß „schließlich die Schöpfung des Nahrungsstoffes ebenso in der Gewalt der Gesellschaft liegen werde, wie es heute in ihrer Macht liegt, beliebige Tuchquantitäten zu liefern, wenn nur die nöthigen Wollvorräthe dazu da sind.“ Ja, meint darauf der Knies: Tuch ist eben nur Arbeitsprodukt aus vorhandenem Wollvorrath; aber die Wollvorräthe sind ebensowenig wie irgend ein anderer Vorrath der vielen wirthschaftlichen Stoffgüter nur Produkt vorhandener menschlicher Arbeitskräfte.“

Nun ja, das weiß ja jeder Mensch, daß die Natur Voraussetzung aller Arbeit ist. Warum will das der Professor noch erst doziren? Er setzt sogar seine „Natur“ in Gänsefüßchen. Er möchte jedenfalls gerne sagen: „Der liebe Gott muß mit seinem Segen dabei sein, sonst kann die Arbeit nichts ausrichten.“ Der Adam Smith, Ricardo und Marx sind ihm nicht gottesfürchtig genug, deshalb will er auch ihren Grundsatz nicht akzeptiren, daß die Arbeit alle Werthe schafft. Jedoch spricht sich der kluge Knies darüber nicht direkt aus: er nimmt den lieben Gott gar nicht in den Mund; er uzt und höhnt nur über „die Natur“, und doch, wenn er etwas sagen muß über diesen Gegenstand, wenn er die Werththeorie angreifen will, ist es der Gebrauchswerth, den er Marx vorwirft, nicht in Rechnung gezogen zu haben.

Wir sehen: der Professor Knies urtheilt wie der Professor Sybel, und der Professor Sybel wie der Exminister Schäffle, und alle zusammen haben ein und dasselbe Urtheil, daß man nämlich der Arbeit nicht zugeben darf, einzige Schöpferin aller Werthe zu sein, und nicht zugeben darf, daß die Arbeit der Matador, der Autor, die Ursache ist, welche den Geist der Gesetze, das Staatsleben, Jurisprudenz, Politik und Moral beeinflußt oder vielmehr gestaltet.

J. Dietzgen.

(Schluß folgt.)

Material für Sozialisten,

aus den Werken anerkannter Statistiker und Nationalökonomen.

(Schluß.)

Eine der Hauptursachen der kurzen Lebensdauer und überhaupt der elenden Gesundheitsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung sind die ungesunden Löcher, in denen sie meist zu hausen gezwungen ist. Das beweiskräftigste Zeugniß für den schädlichen Einfluß solcher Umgebungen liefern die Versicherungsgesellschaften. Die Arbeiter-Gegenseitigkeitsgesellschaften (friendly societies) haben in jeder größeren Stadt ihre „geächteten Straßen.“ Die Liverpooler Arbeiter-Versicherungsgesellschaft Viktoria hat allein für Liverpool 167 Straßen in Verruf erklärt, d. h. vorgeschrieben, daß „keines ihrer Mitglieder in diesen Straßen wohnen darf.“ (Zirkulär vom 13. Oktober 1886.)

Und doch sind solche ungesunden Straßen nicht zu schlecht, um das Heim von Tausenden der ärmeren Bevölkerung der industriellen Zentren zu bilden. —

Wir umgeben unsere öffentliche Armenunterstützung mit so lästigen und entwürdigenden Bedingungen, daß viele ehrliche Arme lieber langsam zu Grunde gehen, als solche anzunehmen; trotzdem empfangen gegenwärtig in Großbritannien und Irland an einem Tage 971,595 Arme öffentliche Unterstützungen.

Davon entfallen auf:

England und Wales	Durchschnittszahl 1885:	768,938;	Kosten pro Jahr 8,491,600 Pfd. Stlg.
Schotland	am 18. Mai 1885:	97,504;	Kosten pro Jahr 894,077 Pfd. Stlg.
Irland	Durchschnittszahl des Jahres 1885:	105,153;	Kosten pro Jahr 887,906 Pfd. Stlg.
Zusammen:		971,595;	Kosten pro Jahr 10,273,583 Pfd. Stlg.

(Vergleiche die amtlichen Tabellen für die genannten Länder.)

Da jedoch die Unterstützungen nicht dauernd gegeben werden, so muß man, um genau die Zahl der im Laufe eines Jahres unterstützten Personen zu ermitteln, die pro Tag abgegebene Durchschnittszahl — nach Mulhall (Statistisches Lexikon, S. 346) mit 3, und nach Dudley Baxter („Das Nationaleinkommen“ S. 87) mit 3½ multipliziren. Dies ergibt eine Armenbevölkerung von ungefähr 3,000,000 Seelen, d. h. ein Achtel der erwachsenen männlichen Bevölkerung.

Der Unterhalt dieser Armen kostet 10,273,583 Pfd. per Jahr. Hierzu müssen jedoch die 10,040,000 Pfd., die von den verschiedenen Wohlthätigkeits-Gesellschaften jährlich an Unterstützungen verausgabt werden, noch hinzugerechnet werden.*) Außerdem wird, wie bekannt, von Einzelnen noch sehr viel in Unterstützungen, Almosen ꝛc. geleistet. Die Zahl der unterstützten Klasse muß daher noch viel höher angenommen werden. Her Giffen spricht von einem „Rest“ von fünf Millionen, deren Lage ein Schandfleck unserer Zivilisation ist. (Finanzstatistische Aufsätze 2. Bd. S. 350.)

Es ist das Loos je eines von fünf Mitgliedern der Arbeiterklasse, zu diesem „Rest“ zu gehören. —

In London stirbt von fünf Personen immer eine im Arbeitshaus, Krankenhaus oder in einer Irrenanstalt. Im Jahre 1884 starben von 81,951 Personen, darunter 40,897 unter 20 Jahren, 9909 im Arbeitshaus, 6559 in Krankenhäusern und 278 in Irrenanstalten; zusammen also 16,746 in öffentlichen Anstalten. (Amtlicher Eintragungs-Bericht 1886, S. 94 u. 118.)

Wenn man in Betracht zieht, daß verhältnißmäßig wenig Kinder darunter sind, so kann man als wahrscheinlich annehmen, daß je einer von drei Erwachsenen Londons in diese Zufluchtsorte getrieben wird, um dort zu sterben, und so muß der Antheil, den die Arbeiterklasse dafür stellt, noch höher angesetzt werden.

„Für mich wenigstens würde genügender Grund vorliegen, die moderne Gesellschaft als kaum einen Fortschritt gegenüber der der Sklaverei und Leibeigenschaft zu verurtheilen, wenn die wirthschaftlichen Zustände dauernd dieselben sein sollten, wie wir sie jetzt vor uns sehen, daß nämlich 90 Prozent der thatsächlichen Hervorbringer des Reichthums kein richtiges Heim haben, das sie über eine Woche hinaus ihr eigen nennen können; nicht das kleinste Stückchen Boden oder selbst nur den Raum eines Zimmers, das ihnen gehört; nichts von irgendwelchem Besitz außer knapp soviel alten Möbeln, als auf einem Karren aufgeladen werden können; die beklagenswerthe Aussicht auf wöchentlich einen Lohn, der kaum ausreicht, sie am Leben zu erhalten; daß sie größtentheils in Löchern hausen, die, wenn es sich um Pferde handelte, als ungeeignet erklärt würden, und so nahe dem Mangel stehen, daß ein Monat schlechten Geschäftsganges, daß Krankheit oder ein unerwarteter Verlust sie dem Hunger und dem Elend überliefern.... Das ist der Normalzustand der großen Masse der Arbeiter in Stadt und Land.“ (Fr. Harrison, Bericht der industriellen Lohnkonferenz 1886, S. 429.)

XII. Das Uebel und das Heilmittel.

„Die tiefste Wurzel der Schäden und Ungerechtigkeiten, deren das wirthschaftliche Leben voll ist, beruht in der Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital, sowie darin, daß die Besitzer der zur Produktion nothwendigen Werkzeuge in der Lage sind, sich den Löwenantheil von Ertrage der Produktion anzueignen.“ (J. St. Mill, Prinzipien der politischen Oekonomie, 1865, S. 477.)

„Seit einem Jahrhundert leben wir unter der akuten Krankheit eines Individualismus, der aller früheren Einschränkungen ledig ist und von einer gewissen herzlosen Schule mit einer fast religiösen Weihe verbrämt wird.“ (Professor H. Foxwell, „Die Forderungen der Arbeit“, 1886.)

„Es ist in der That sicher, daß die Gesellschaft in Bezug auf ihre Wirthschaftsverhältnisse nicht ewig ohne systematische Organisation bleiben wird. Der bloße Kampf der Privatinteressen wird nie eine gut geordnete Republik der Arbeit zu Stande bringen.“ (Prof. J. K. Ingram, Artikel „Politische Oekonomie“ in der „Encyclopedia britannica“, Bd. 1, S. 382.)

„Die Sozialisten behaupten, daß dem Uebel nicht abgeholfen werden wird, bis nicht die „beiden Nationen“ durch die Ueberführung aller Arten von Renten und Zinsen an die Zwecke der Gesellschaft, und daß als Folge der Aufhebung der Klassenunterschiede sich ergebende Steigerung des Gemeingeistes vereinigt sind.“ (S. 4. Flugblatt des Vereins der Fabier: Was ist Sozialismus?)

„Es ist der große Irrthum unserer heutigen Reformer und Philanthropen, an den Folgen der ungerechten Machtverhältnisse herumzuklauben, anstatt der Ungerechtigkeit selbst zu Leibe zu gehen.“ (J. St. Mill, Politische Oekonomie, S. 579.)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 18. Mai 1887.

— **„Der Patriotitis,“** wie der gesinnungstüchtige Chauvinismus von dem Pariser „Figaro“ getauft worden ist, treibt merkwürdigerweise in dem Hauptorgan der sogenannten „demokratischen Partei“ die dicksten Blasen. Unter allen deutschen Zeitungen, die „Norddeutsche Allgemeine“ mit eingerechnet, ist die „Frankfurter Zeitung“ diejenige, welche den Schnäbele-Fall am Parteiischsten und am Chauvinistischsten behandelt hat. Unter allen deutschen Zeitungen, die „Norddeutsche Allgemeine“ nicht ausgenommen, ist die „Frankfurter Zeitung“ die einzige, welche sich nicht entblödet hat, ihren Lesern über die Verhaftung des Schnäbele einen angeblich authentischen, d. h. von einem amtlichen Repräsentanten geschriebenen Bericht aufzutischen, nach welchem die preußischen Behörden durchaus korrekt verfahren sind, und der einzige Schuldige bei dem ganzen Handel Herr Schnäbele ist. Selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte sich zu dieser Höhe reptilischer Geschichtschreibung nicht emporschwingen vermocht. Auch jetzt, anläßlich der Wagner-Skandale in Paris, ist die „Frankfurter Zeitung“ ganz toll vor Chauvinismus. Sie läßt einen ihrer Mitarbeiter — einen Kollegen und Verwandten des berüchtigten Nordau-Südfeld — sogar allen Ernstes den Vorschlag machen, die deutsche Regierung solle, weil die französische durch das „Verbot der Lohengrin-Aufführungen den Vertrag zum gegenseitigen Schutz der Autorenrechte verletzt, diesen Vertrag kündigen, damit die französischen Bühnendichter und Romanschriftsteller künftighin wieder ungestraft in Deutschland geplündert werden können. — Kann man sich einen alberneren und reaktionäreren Vorschlag denken, selbst wenn die französische Regierung sich so dumm benommen hätte, die Lohengrin-Aufführungen zu verbieten? Nun ist aber ein solches Verbot überhaupt nicht ergangen, und das Einzige, was der französischen Regierung zur Last gelegt werden kann, ist allzugroße Aengstlichkeit gegenüber der Bismarck'schen Hetz- und Droh-Politik. Die französische Regierung wollte deutschfeindliche Demonstrationen des Janhagels verhüten, Unannehmlichkeiten mit der deutschen Regierung aus dem Weg zu gehen. Das ist Alles. Und in Deutschland können sich darüber nur jene sauberen Patrone ärgern, welche gern einen Krieg mit Frankreich einfädeln möchten und durch die außerordentliche Vorsicht der französischen Regierung um eine Gelegenheit geprellt worden sind. Und der Moniteur Sonnemann, das Hauptorgan der sogenannten demokratischen Partei, Hand in Hand mit diesen sauberen Patronen! Das ist allerdings ein wundersames, für uns freilich durchaus nicht überraschendes Schauspiel.

Es ist nämlich nicht das erstemal, daß die „Frankfurter Zeitung“ solchen Anfälle Bismarck'scher „Patriotitis“ hat. Es ist Methode darin, während das „Hauptorgan der Demokratie“ keinen Moment verfehlt, das Mäntelchen demokratischer Gesinnungstüchtigkeit vor aller Welt flattern zu lassen, hat es seit mindestens einem Jahrzehnt die Bismarck'sche Politik in ihren Angelpunkten: Frankreich und Rußland gegenüber, systematisch unterstützt. Die franzosenfresserischen Artikel des berüchtigten Konventionsläugners Nordau-Südfeld wurden z. B. in der „Frankfurter Zeitung“ abgelagert, die speziell auch in der Elsaß-Lothringischen Frage längst auf den Standpunkt Bismarck'scher Politik herabgesunken ist.

Auch die in Havre gehaltene Rede Goblets, des französischen Premiers, muß der „Frankfurter Zeitung“ — genau so wie den ordinären Reptilien, für die gehässigsten Angriffe herhalten. Wir legen wahrhaftig derlei rhetorische Kundgebungen keinen sonderlichen Werth; aber in der Zeit der internationalen Verhetzung muß es doch für jeden demokratisch Denkenden eine erfreuliche Thatsache sein, wenn der persönlich als anständiger Mensch bekannte Chefminister der französischen Republik die unumwundene Erklärung abgibt: „Wir wollen den Frieden, und wir müssen den Frieden wollen, weil die Entwicklung

*) Mulhall, Statistisches Lexikon S. 87.

Frankreichs zur Demokratie durch einen Krieg aufgehalten oder unmöglich gemacht würde."

Ist etwa der hier ausgesprochene Gedanke nicht vollkommen richtig? Ist nicht gerade das demokratische, und namentlich das konsequent demokratische, d. h. das sozialdemokratische Frankreich für den Frieden? Ist nicht der Krieg dem demokratischen Prinzip und Programm feindlich? Wäre ein Krieg, in den Frankreich jetzt gestürzt würde, nicht in Wahrheit der Tod der französischen Demokratie oder mindestens eine schwere Schädigung derselben, gleichviel ob der Krieg zu einer Niederlage oder zum Sieg führt?

Daß die Organe des Herrn Bismarck über die Rede Goblet's schimpfen, versteht sich von selbst. Erstens müssen sie über alles Französische schimpfen, und zweitens dürfen sie doch nicht anerkennen, daß die Demokratie den Frieden erheischt; denn logischerweise müßten sie dann zu dem Eingeständniß kommen, daß das Gegentheil der Demokratie das Gegentheil des Friedens erheischt — mit andern Worten: daß das Bismarck'sche „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" in Wirklichkeit seiner ganzen Natur und seinem innersten Wesen nach der europäische Friedensstörer ist.

Insofern handeln die ausgesprochen Bismarck'schen Blätter wenigstens logisch.

Aber ein Blatt, welches sich als Organ der Demokratie aufspielt, sollte sich schämen, auf solche Weise der demokratischen Weltanschauung ins Gesicht zu schlagen und mit den schmutzigsten Reptilien gemeinsame Sache zu machen.

— **Das Landschwurgericht Berlin I hat am 11. Mai zwei Sozialdemokraten,** Männer von makellosem Ruf, **wegen „Meineids" verurtheilt,** auf das Zeugniß eines Spitzels, Namens Naporra, und eines, nach eigenem Zeugniß, verkommenen Süfflings hin. Es stand Aussage gegen Aussage. Hier die ehrlichen Leute, dort die Schufte — und das Schwurgericht entschied zu Gunsten der Schufte, nachdem der Staatsanwalt Wagner, ein Streber, wie er im Buche steht, die „Rechtsbelehrung" ertheilt hatte, daß das Zeugniß eines „Beamten" unter allen Umständen schwerer wiege, als das Zeugniß gewöhnlicher Staatsbürger, namentlich wenn sie Sozialdemokraten, also Staatsbürger zweiter Klasse, sind. Und der Spitzel, Namens Naporra, ist ein richtiger Staatsbeamter, ein Freund Mahlow-Ihrings, dessen Wege er gewandelt ist. Gleich ihm hat er sich verkleidet in sozialdemokratische Vereine eingeschlichen, gleich ihm hat er, seinem eigenen Geständniß nach, sich an verbotenen Handlungen betheiligt, um zu verbotenen Handlungen zu provoziren, gleich ihm hat er gelogen, betrogen, verrathen.

Aber er ist Beamter, ein „Ehrenmann" im Puttkamer'schen Sinn, ein „Ehrenmann" wie Ihring-Mahlow — bei Leibe kein „Spitzel", der Vorsitzende des Schwurgerichts verbot das häßliche Wort — bei Leibe kein „Spion", auch dieses häßliche Wort wurde vom Vorsitzenden des Gerichts nicht geduldet. Statt Spitzel, statt Spion, statt Schurke und Lump muß man heutzutage sagen: „Ehrenmann": Stöcker, der Meineidspfaffe, ist ein „Ehrenmann", Ihring-Mahlow ist ein „Ehrenmann", der Naporra ist ein „Ehrenmann", der Puttkamer ist ein „Ehrenmann", und „Ehrenmänner" sind sie allesammt, die das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte gegründet haben und aufrecht erhalten, um ihrem Ehrgeiz, ihrer Habsucht, ihrer Rohheit, all ihren niederen Leidenschaften fröhnen zu können.

Das Nachspiel dieses Prozesses wird wohl sein, daß Ihring-Mahlow demnächst auf gerichtlichen Befehl hin formell heilig gesprochen wird. Die beiden Opfer des Meineidsprozesses — Wittkowski und Markowski — haben nämlich in den bekannten Prozessen gegen Ihring-Mahlow durch ihre Aussagen mit zu dessen Verurtheilung beigetragen. Und nun sind sie glücklich, nach fast einjähriger Prozeßeinfädlung und Prozeßvorbereitung, in irgend einer Sache, die mit der Ihring-Mahlow-Angelegenheit übrigens gar nichts zu thun hatte, meineidig gemacht.

Folgt daraus nicht, daß sie auch früher meineidig waren?

Folgt daraus nicht — und der Herr Staatsanwalt deutete es schon an — daß dem „Ehrenmann" Ihring-Mahlow seiner Zeit Unrecht geschehen ist?

Die „Berliner Volkszeitung" meint, das seien gefährliche Wege, die der Herr Staatsanwalt und seine Brotgeber da wandelten. Wieso „gefährliche Wege"? Welche Wege sollen die Vertreter der Puttkamer-Stöcker-Ihring-Mahlow-Bismarck-Naporra-Gesellschaft denn sonst wandeln?

Und gefährlich? Wie so denn? Gibt es nicht Hunderte und Tausende von Naporra's, mit deren Hülfe man im Handumdrehen Jeden meineidig machen kann? Und haben wir nicht Geschworne, welche meineidig „Gemachte" auch in aller Form Rechtens verurtheilen? Wo soll da die Gefahr stecken?

„Uns hält's doch aus" — denken die Puttkamer, Ihring-Mahlow, Bismarck und Konsorten.

Nun, das wollen wir abwarten. Angenagelt an den Schandpfahl sei vor der Hand nur noch das Schwurgericht (bestehend aus Muster- und Mastbürgern), das sich zu dieser Infamie hergegeben.

Unser deutsches Bürgerthum ist seiner Puttkamer, Ihring-Mahlow, Bismarck und Konsorten würdig. Es hat sie verdient.

Nachdem die **„Volksrichter"** im vorstehenden Prozeß ihr Schuldig gesprochen, beantragte der Staatsanwalt für jeden der Angeklagten **3 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust.** Zu dieser Höhe der Gesinnung vermochte der Gerichtshof sich doch nicht aufzuschwingen, sondern erkannte überhaupt nicht auf Zuchthaus, sondern auf ein Jahr Gefängniß und zwei Jahre Ehrverlust, unter der Motivirung, daß die Angeklagten „nicht aus Eigennutz gehandelt und sich einem Parteigenossen gegenüber befunden haben." Damit haben sie wenigstens in einer Hinsicht sich auf den Standpunkt gestellt, den wir diesen durch das Schandgesetz geschaffenen Meineidsprozessen gegenüber stets vertreten haben. Was für Zustände in Deutschland, daß man es noch besonders hervorheben muß, wenn Richter in einem politischen Prozeß nicht allen Rechtsbegriffen frech in's Gesicht schlagen!

x **Während der vorletzten Wahlprüfungsdebatte** im Reichstag hatten die sächsischen Kartellbrüder Götz und Ackermann — keiner von beiden hat roth zu werden, wenn er den andern sieht — die Stirn, zu behaupten, in Sachsen sei es bei der letzten Reichstagswahl durchaus ordnungsmäßig zugegangen, und indirekt sei dies von den Sozialdemokraten selbst dadurch anerkannt worden, daß sie blos gegen fünf Wahlen unter 23 Protest erhoben hätten.

Wir wollen dem sauberen Kartellbrüderpaar mit Vergnügen zugeben, daß es „ordnungsmäßig" zugegangen ist, nämlich im Sinn und Geist der „Ordnungsparteien"; und wir wollen uns auch ob der echt kartellbrüderlichen Argumentation in keine Polemik mit den Herren Götz und Ackermann einlassen.*) Wenn wir die Sache erwähnen, geschieht es nur, um unseren Genossen zu zeigen, wie nothwendig es ist, unter allen Umständen — ganz gleich ob mit Aussicht auf Erfolg oder nicht — Eingriffe in die Wahlfreiheit oder sonstige, bei der Wahl verübte Unregelmäßigkeiten zur Kenntniß des Reichstags und in die weiteste Oeffentlichkeit zu bringen. Nichts darf versäumt werden, was dazu dienen kann, dieses Ordnungsgesindel zu entlarven und in seiner nackten Ehrlosigkeit hinzustellen.

Wir wiederholen bei dieser Gelegenheit unseren früheren Rath, das Versäumte in Petitionen zum Schutze der Wahlfreiheit nachzuholen.

Bl. **Aus dem deutschen Reichstage.** Berlin, 12. Mai. Im deutschen Reichstage sieht es trotz der zur Berathung stehenden wichtigen Vorlagen sehr licht aus, da viele der Herren Volksvertreter es vorziehen, durch ihre Nichtanwesenheit zu glänzen. Die neuen Vertreter der kartellbrüderlichen Mehrheit, die in den ersten Tagen ihrer Würde mit wichtiger Staatsmiene im Sitzungssaal sich breit machten, ziehen, wie es den Anschein hat, ihre Privatgeschäfte der Parlamentsarbeit vor, und erscheinen nur auf Kommando ihrer Führer, richtiger Treiber, um bei Abstimmungen ihr Ja! herzusagen. Die Mehrausgaben für das Militär sind mit Glanz und Grazie bewilligt, und nun heißt es, für diese Mehrausgaben auch Mehreinnahmen zu schaffen. Haben doch einzelne Redner des Bismarck-Michmasch nicht umhin gekonnt, sich sogar darüber zu wundern, daß die Regierung eine so hervorragende Bescheidenheit bekunde und nicht mehr verlange. Das werden sich die Herren von der Regierung natürlich nicht noch einmal sagen lassen, denn in Punkto auf solche Vorwürfe sind sie ungeheuer feinfühlig; das deutsche Volk kann sich daher auf einen neuen Steuersegen gefaßt machen, der ihm, wie zu hoffen ist, die Wahlen vom 21. Februar recht deutlich und für alle Zeit in Erinnerung rufen wird.

Die neue Branntweinsteuer-Vorlage ist die erste Etappe auf dem Wege dieser reichstreuen Steuer-„Reform". Während der zweitägigen Debatten über das Branntweinsteuergesetz, durch welches den preußischen Schnapsbrennern, alles in der Wolle gefärbte Junker von mittelalterlichem Schrot und Korn, alljährlich einige 30 Millionen in die Tasche gespielt werden sollen, spielten wie immer die Nationalliberalen eine ganz besonders erbärmliche Rolle. Den preußischen Schnapsbrennern ist diese Kleinigkeit von mindestens 30—40 Millionen noch nicht genug, und erheben sich unter ihnen Stimmen, welche nicht nur, wie Herr v. Minnigerode im Landtage gefordert, eine exorbitante Erhöhung der Getreidezölle verlangen, sondern die eine direkte Staatsunterstützung von jährlich 30 und mehr Millionen zur baaren Vertheilung unter die Landjunker beanspruchen.

Während nun das Hauptorgan der Nationalliberalen, die hier erscheinende „Nationalzeitung", vor den Debatten im Reichstage die Branntweinsteuer-Vorlage dahin charakterisirte, daß durch dieselbe den „Söhnen besser situirter Grundbesitzer" das „Halten von Mätressen und Rennpferden ermöglicht werden soll", priesen die Führer derselben, die Herren Oechelhäuser und Miquel, die Vorlage als ein Nonplusultra von Gerechtigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirthschaftlichkeit. Treffender wie von der „Nationalzeitung" konnte die Vorlage gar nicht bezeichnet werden, das aber konnte die Herren Oechelhäuser und Miquel durchaus nicht abhalten, für eine Mehrbelastung des Volkes im Betrage von mehr als 150 Millionen einzutreten. Dies ist, wie Hasenclever sehr richtig hervorhob, die Quittung für die Wahlen vom 21. Februar dieses Jahres, und solcher Quittungen wird das Volk im Laufe der Legislaturperiode noch gar manche erhalten. Während am zweiten Tage der Debatten über diese Vorlage Eugen Richter an derselben eine vernichtende Kritik übte und den ganz zutreffenden Vorschlag machte, man solle doch lieber die ganze Agrariergesellschaft vom Staate auskaufen, damit endlich einmal Ruhe mit den Agrarierzöllen würde, schickten die Ultramontanen einen schlesischen Schnapsbrenner, Szmula mit Namen, ins Treffen, der natürlich für die Vorlage eintrat. Die Herren sind durch den famosen Machtspruch des Papstes kalt gestellt, und da sich in ihrer Mitte eine große Masse Landjunker und Latifundienbesitzer befinden, die alle mehr oder weniger Schnapsbrenner sind, so wird die Schnapssteuer und die Schnapsmilliarde mit großer Mehrheit durchgehen. Herr Miquel verstieg sich sogar zu einer Ermahnung an die Arbeiter, dieses Joch der Steuerüberbürdung doch ja recht gelassen und anständig zu tragen, da auch die Reichen des Landes, die den Staat nicht brauchten (!) und sich eben ihres Reichthums wegen auf sich selbst zurückziehen könnten, durch ihre gesteigerten Bedürfnisse Opfer an Steuern brächten. Für diese Zumuthung: die Branntweinsteuer als einen Akt „ausgleichender Gerechtigkeit" zwischen den Spirituspjunkern und dem Volke zu betrachten, dürfte Herr Miquel wenig — Gläubige finden. Die beiden Redner der nationalliberalen Partei, Oechelhäuser und Miquel, spielten sich mit einem wahren Enthusiasmus als Vertreter der Interessen der Agrarier auf; ob aber dem letzteren Herrn für diese Kraftleistung im Interesse des preußischen Junkerthums der preußische Ministersessel für Finanzen nun endlich doch zufallen wird, bleibt trotzdem zweifelhaft. Mußte er sich doch Tags darauf, bei der Berathung der Gewerbeordnungs-Novelle, eine nicht grade grobe, aber auch nichts weniger als schmeichelhafte Beantwortung einer an die Regierung gestellten Frage gefallen lassen.

In dieser neuen Vorlage wird dem Zünftlerthum wiederum ein großes Zugeständniß gemacht. Es sollen nämlich nunmehr auch alle, einer Innung nicht angehörenden Meister, sowie die bei diesen arbeitenden Gesellen, Beiträge zu den Innungseinrichtungen, wie Arbeitsnachweis, Fachschulen und Innungsschiedsgerichte, leisten. Dem schwarzen Zünftlerthum à la Metzner, ein der ultramontanen Partei angehörender Schornsteinfegermeister aus Oberschlesien, geht die Vorlage nicht weit genug, er will eine Radikalkur, d. h. die Einführung der Zwangsinnung ohne weitere Umstände. Diesem ungestümen Dränger trat Herr v. Kleist-Retzow, ein reaktionärer Vollblutjunker, entgegen und bewies ihm, daß die Herren Zünftler mit dem neuen Gesetz einen großen Vortheil erringen, wofür Herr Metzner gleich ihm der Regierung dankbar sein müsse. Herr Biehl, ein Zunftrecke aus Bayern, holte den Dank für die Regierung nach, wünscht aber ebenfalls die Zwangsinnung. Der Redner der deutschfreisinnigen Partei, Herr Baumbach, sprach in seiner gewohnten fühholzraspelnden Weise gegen die Vorlage; er glaubt, daß sich das Handwerk ohne Innungen durch die immer mehr um sich greifende Herstellung von Werkzeugmaschinen, die in jeder kleinen Werkstatt aufgestellt werden könnten, halten könne. Von unserer Seite trat Kräcker der Vorlage entgegen. Unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses widerlegte er die Vorlage Punkt für Punkt, und zeigte, wie auch hier, wie bei allen Vorlagen, die bis jetzt zur Berathung gestanden, den Arbeitern bedeutende Geldopfer aufgehalst werden sollen zu Gunsten einer bevorzugten Minderheit. Daß auch Herr Miquel für die Vorlage eintrat, ist selbstverständlich. Seine Frage: die Regierung solle doch sagen, ob sie noch weiter gehen wolle in Bezug auf die Herbeiführung der Zwangsinnung, da er das gerne wissen möchte, damit er und seine Partei wisse, wie sie sich bei der Abstimmung zu verhalten haben, brachte ihm die erwähnte Abfertigung vom Regierungstisch. Es wurde ihm geantwortet, er hätte die Motive nicht ordentlich gelesen, sonst würde er gefunden haben, daß sich die Regierung nicht im Vorhinein binden könne, daß sie in die Zukunft nicht zu blicken vermöge, was ungefähr so viel heißt als: ihr habt abzuwarten, was kommt, und dann für die Regierung zu stimmen. Dies ist und war die einzig richtige Antwort für Herrn Miquel und seine Freunde.

Natürlich stimmten sie für die Vorlage.

— **Dem Verdienste seine Krone.** Endlich — schreibt man uns aus Leipzig — ist das längst Erwartete, längst Ersehnte und auch längst Verdiente eingetroffen. Herr Staatsanwalt Häntzschel in Leipzig hat das Ritterkreuz erster Güte des Albrechtsordens erhalten. Es gibt Menschen, die förmlich krank werden, wenn sie für ihre rastlose Thätigkeit keine Auszeichnung erhalten, und es kann nur mit Genugthuung erfüllen, wenn ein von dieser Krankheit Befallener davon erlöst wird. Erstens ist es für den Betroffenen eine Wohlthat, und zweitens auch für dessen Umgebung, wie für alle, mit denen er zu thun hat. Denn an diesen läßt gewöhnlich ein von dieser Krankheit Befallener seinen Unmuth aus. Bei der Auszeichnung, welche Herrn Häntzschel zu Theil geworden, kann man wirklich sagen: „Er hat sie im Schweiße seines Angesichts verdient." Er hat sich alle Sozialistenprozesse als besondere Gnade ausbedungen und läßt sogar seine Ferien fahren, damit ihm ja kein Sozialistenprozeß entgeht. Anklagen, welche andere Staatsanwälte nicht erheben wollten — wegen allzumangelhafter Beweise — nahm er auf seine Rechnung, und so ist es gekommen, daß er der Tessendorf von Leipzig geworden ist.

Schon für seinen edeln Vorsatz: „den Herren in Zürich einen Damm zu setzen!" hat er eine Auszeichnung verdient. Und wie führt er seine Absicht aus! Wer einmal bei ihm in Untersuchung gewesen ist, wird wissen, wie er sich anstrengt, um „aus den verstockten Feiglingen" (wie er sie nennt) etwas herauszubekommen. Aber die „Feiglinge" sind in der That so verstockt, nicht aufs Glattels zu gehen. Kommt noch Einer hinzu, so wird die Sache nicht klarer, Gott bewahre! Denn dieser gesteht wieder nichts, und die Sache wird nur verwickelter. Daß das Herrn Häntzschel keinen Spaß macht, sondern großen Aerger, wird jeder vernünftige Mensch einsehen. Darum braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn er wüthend den Angeklagten Reden hält, wie: „Ich mag Sie gar nicht mehr sehen, Sie stehen mir (hier zeigt er an den Hals) bis hierher, Sie sind mir zum Ekel." Oder die Akten herumwirft, ausspuckt, und dabei einigemal Pfui! ruft, so daß man sich in einer Antisemiten-Versammlung glaubt! Sehen möchte er diese verstockten Menschen nicht, aber ohne sie zu sehen, kann er doch keine Untersuchung führen, und so muß er schrecklich viel Aerger erleiden, so daß ihm manches Mittagsbrod nicht schmeckt und ihm mancher Sonntag verdorben wird. Aber dann erinnert er sich wieder seines Vorsatzes, und sofort freut er sich schon im Stillen auf den nächsten Prozeß. Bei der Verhandlung neuer Aerger. Da seine Zähigkeiten im Mißverhältniß mit seinem Wollen stehen, macht es ihm viel Sorge und schlaflose Nächte wie er nur die nothdürftigsten Gründe ausfindig macht, um eine Anklage zusammenzustellen.

Bei einem der letzten Prozesse sagte selbst der konservative Vertheidiger: „Die Anklage steht zwischen den Zeilen zu lesen." Nach diesen Worten fuhr Tessendorf-Häntzschel empor, wie von der Tarantel gestochen, und rutschte auf dem Stuhle herum, als säße er auf Kohlen. Der zweite Vertheidiger sagte: „Objektiv begründet er die Anklage nicht, aber subjektiv liegt ihm — dem Tessendorf-Häntzschel — daran, recht viel und recht hoch zu bestrafen." Das ging dem Biedermann doch an die Nieren, er sprang empor und klagte, es sei blos „Animosität", welche den Vertheidiger veranlaßte, dies zu sagen, im Uebrigen sei es eine traurige Erscheinung, daß der Vertheidiger ihm, dem Staatsanwalt, die Begründung so sauer mache.

Bei der ganzen Verhandlung zeigt er eine nervöse Unruhe, denn er fürchtet, er könne durchfallen, und ist so spaßhaft aufgeregt, daß selbst der Verurtheilte noch in der Zelle darüber lachen muß. Wären nicht die Richter Puppen, welche man blos zu ziehen braucht, so müßte er mit seinen Anklagen fast regelmäßig durchfallen. Aus dem Allen ist ersichtlich, daß diesmal die Gnade einen wirklich Verdienten getroffen hat.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir gleich einen Vorschlag machen, der hoffentlich Beachtung finden wird. In den „Freiheits"-Kriegen von 1813 und 1815 — so genannt, weil das deutsche Volk sich für die Freiheit seiner Fürsten schlug — wurde bekanntlich das „Eiserne Kreuz" gestiftet, — wäre es nun nicht am Platze, jetzt einen ähnlichen Orden einzuführen? Der Feldzug jetzt gilt doch auch den Vaterlandsfeinden? Zum Beispiel wäre ein „Säbelmeyer-Ihring-Mahlow-Putty-Orden" gewiß sehr zeitgemäß. Jedermann wüßte dann gleich, was der Träger desselben bereits für den Staat geleistet hat. In der Mitte könnte ein Gruppenbild von Emaille, enthaltend Bismarck, den Papst, Putty-Ihring-Mahlow, Krauts und Stöcker in Miniatur, angebracht werden. Der Orden könnte auch am Hute getragen werden, damit er besser zu sehen ist. Wie gefällt Ihnen die Idee, Herr Ritter pp. Häntzschel?!

— Der **„Revolté"** hat in Nr. 4 und 5 auf unsern Artikel **„Freie Vereinbarung"** geantwortet, aber in einer Weise, die zeigt, daß er uns absolut nicht versteht. Zunächst müssen wir ihn bitten, doch endlich mit der Unterstellung zu enden, als ob wir im Staat den großen „Wohlthäter" erblickten; das fällt uns gar nicht ein. Welche Rolle der Staat spielt, das hängt davon ab, in welchen Händen er sich befindet, und daß demnach seine reprimirende (unterdrückende) Gewalt nicht nothgedrungen den Ausbeutern zugutekommen muß, kann nur der leugnen, der sein Auge den thatsächlichen Verhältnissen verschließt. Der „Revolté" beantwortet unsre Frage, ob ein so wichtiges Institut, wie die Eisenbahnen, den freien Gruppen bedingungslos überlassen bleiben dürfe, mit ja. Nun, so fragen wir ihn weiter, ob er nicht weiß, daß Privat-Eigenthum — und Gruppen-Eigenthum ist Privat-Eigenthum — auch Privat-, d. h. Sonder-Interessen naturnothwendig im Gefolge hat, und wie er sich die Ausgleichung der Interessengegensätze in der „freien Gesellschaft" vorstellt, wo es nach seiner Theorie reiche und arme, mächtige und einflußlose Gruppen geben wird. Aber bitte, auf Menschen mit Fleisch und Blut und nicht auf Engel zu exemplifiziren.

Korrespondenzen.

Dortmund. Am Charfreitag wurde hier ein langjähriger Anhänger der Partei, der Zimmerer Aug. Zimmermann, beerdigt. Morgens um 8 Uhr sah man schon von ferne in der Josephstraße und der Liebfrauenkirche die Spitzen der Pickelhauben im Sonnenschein glänzen, denn es waren nicht weniger als 12 Behelmte am Trauerhause aufgestellt, so daß man hätte meinen sollen, es gälte hier eine Räuberbande einzufangen. Es hatten sich zur Beerdigung etwa 6—700 Personen, darunter Deputationen von Marten und Oespel eingefunden. Als sich der Zug in Bewegung setzte und drei Genossen mit Kränzen, welche mit rothen Schleifen versehen waren, dem Zuge voranschreiten wollten, kam Kommissar Meyer und bat, die Schleifen zu entfernen, was auch, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, geschah. Auf dem Friedhofe empfing uns der Polizeiwachtmeister ebenfalls mit einem Dutzend Polizisten. Die Leichenrede hielt der versoffene Pfaffe Brockhaus, der hier durch seine, im evangelischen Arbeiterverein über die geheime Organisation der Sozialdemokratie gehaltenen Vorträge bei den national gesinnten Spießbürgern eine gewisse Berühmtheit erlangt hat. Am Grabe unsres Genossen war dieser dunkle Ehrenmann ganz verwirrt, der Schaum stand ihm vor dem Mund, jedenfalls aus innerlicher Wuth, er wußte nicht, was er sagen sollte, was er einmal gesagt, wiederholte er wieder, so daß man am Ende so klug war wie am Anfang. Unter anderm sagte er, daß die rothe Farbe, welche er hier vertreten sähe, die Farbe der Liebe wäre, während er am Ostersonntage darauf in der Kirche über die bösen Sozialdemokraten losdonnerte und die rothe Farbe die Farbe des Teufels nannte. Ja, dieser scheinheilige Wicht scheute sich nicht, dem Volke in der Kirche vorzulügen, man hätte ihm am Grabe eine rothe Fahne vor das Gesicht gehalten, während jeder Mensch weiß, daß solches heutzutage an einem Ort, wo zwei Dutzend Polizisten zugegen sind, nicht möglich ist. Es ist hier das erstemal gewesen, wo die rothen Schleifen verboten worden sind und daß eine so große Polizeimacht aufgeboten wurde. Aber wir haben jetzt einen neuen Oberbürgermeister, den jetzigen Landtagsabgeordneten und früheren Landrath von Bochum (Kartellbruder) Schmieding, und seitdem weht der Wind etwas schärfer. Am Schlusse wurde von Genosse Horn im Namen der Sozialdemokratie des Wahlkreises Dortmund ein Kranz niedergelegt, ebenso von Marten und Oespel. Im Uebrigen verlief Alles ruhig, so daß die Polizisten das Schwert in der Scheide stecken lassen konnten. Gar mancher derselben mag mit schwerem Herzen von dannen gezogen sein darob, daß ihm keine Gelegenheit geboten worden, den Staat, welcher ja ob der rothen Kränze in höchster Gefahr schwebte, durch kräftiges Dreinhauen zu retten und sich einen Orden zu verdienen.

Wie aber, wird Mancher fragen, kam der Pfaffe überhaupt zur Leichenrede? Nun, man hatte die Frau von allen Seiten eingeschüchtert, daß sie den Pfaffen bestellte, auch schrieb die ultramontane lammfromme „Tremonia", sowie die konservative „Rh.-Westph. Zeitung", daß Zimmermann sich vor seinem Tode bekehrt und nach einem christlichen Begräbnisse verlangt habe. Dies ist jedoch frech gelogen, denn fünf Stunden vor seinem Tode hat Zimmermann keine Silbe mehr gesprochen, weder nach einem Pfaffen noch nach einem christlichen Begräbnisse verlangt. Man lügt aber hübsch, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen, trotzdem man das Lügen als Sünde erklärt und mit den ewigen Strafen der Hölle bedroht.

Trotzdem daß bei dem Begräbnisse von Zimmermann die rothen Schleifen verboten waren, ließen wir es uns doch nicht nehmen, vier Tage nachher bei dem Begräbnisse unseres Zeitungsboten H. Langenbach demselben wieder mit einem Kranz mit rother Schleife das letzte Geleite zu geben. Langenbach war in dem stürmischen Attentatsjahre 1878 der Sache treu geblieben und hatte die Arbeiterblätter herumgetragen. Er war ein ehrlicher und braver Mensch und hat sich bis an das Ende seiner Tage von dem Ertrage, welchen ihm das Austragen von Arbeiterblättern einbrachte, kümmerlich durchgeschlagen. Es wurde ebenfalls im Namen der Arbeiterpartei ein Kranz auf seinem Grabe niedergelegt.

Am 2. Mai stand hier Genosse Karl Wesch aus Crefeld vor Schöffengericht, angeklagt wegen Gewerbesteuer-Defraudation. Wesch hatte vor der Wahl in Barop in einer Versammlung gesprochen, und einen Kasten mit Shlipsen mitgebracht, welche ein Genosse in Dortmund bestellt hatte. Nach Schluß der Versammlung wurde das Manifest der Arbeiterpartei vertheilt. Der anwesende Kommissar — Tilgner heißt der Edle — vermuthete in dem Kasten (welcher Pfiffikus!) verbotene Schriften, und wollte nun den Kasten konfiszieren (stehlen), was aber Wesch nicht zugab, sondern den Kasten freiwillig öffnete. Schriften waren da nicht zu erblicken, wohl aber schwarz-rothe Shlipse mit Marx und Lassalle, die Ehren-Tilgner mit einem freudestrahlenden Gesicht an sich nahm, fest überzeugt, nun eine Anklage auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes in Szene setzen zu können. Aber damit war es leider auch nichts, und deshalb gab dieser Lump nun an, Wesch hätte mit den Shlipsen hausirt. Es konnte dies aber natürlich nicht nachgewiesen wer-

---

*) Nur Eines: Die Burschen wissen sehr gut, daß zu Protesten Zeugen gehören, und was diesen eventuell von Seiten der kartellbrüderlichen Mistkroche bevorsteht.

den, und so wurde Genosse Wesch freigesprochen. Dieser saubere Patron Tilgner würde sich gern hervorthun, wenn er nur nicht so schrecklich dumm wäre. Immerhin mögen sich die Genossen vor diesem Schmarotzer in Acht nehmen.

Die rothe Wacht.

Aus dem 1. sächsischen Wahlkreise (Zittau-Ostritz). Auch wir erbitten uns, gleich den übrigen Orten resp. Wahlkreisen, ein Plätzchen im „Sozialdemokrat", um einen kurzen Bericht über unsere Wahlthätigkeit abgeben zu können. Da wir einen Verlust an Stimmen zu verzeichnen haben, könnte angenommen werden, daß wir lässig in der Agitation gewesen sind. Das Gegentheil war der Fall. Noch nie ist es uns gelungen, in so viel Versammlungen wirken zu können als diesmal, und zwar grade in solchen Orten, welche durch ihre große Wählerzahl ausschlaggebend bei Wahlen werden können. Dort, wo es uns gelang, Versammlungen abzuhalten, haben wir gegen die letzte Wahl auch beachtenswerthe Erfolge erzielt. So in Seifhennersdorf und Leutersdorf, zwei große Dörfer mit zahlreicher Fabrikbevölkerung, in welche einzudringen bisher vergeblich war. Während wir in den genannten Orten 1884 nur 6 resp. 5 Stimmen aufzutreiben vermochten, waren es diesmal 71 resp. 80. Ein guter Anfang, welcher für später zu guten Hoffnungen berechtigt, denn der Erfolg beschränkt sich nicht auf die Gewinnung von Wahlstimmen, sondern auf einen Stamm tüchtiger Genossen, die ihrerseits selbst durch rege Thätigkeit für weitere Erfolge wirken werden. Außerdem fanden noch in sieben andern Orten Versammlungen statt mit ebenso guten Erfolgen als den vorgenannten Orten. In unserer Stadt Zittau konnte nur eine Versammlung abgehalten werden, in welcher ein Genosse aus Dresden das Referat übernommen hatte. Unser Kandidat durfte hierorts nicht sprechen, während ihm auf dem Lande keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Der neue Bürgermeister unserer guten Stadt meint wahrscheinlich die Sorge für das Wohl derselben auch auf die Fernhaltung des „sozialistischen Giftes" ausdehnen zu sollen und verbot deshalb unserem Kandidaten das Sprechen, weil er ihn für einen ganz besonders gefährlichen Vertreter unserer Anschauungen hielt. Die oben verzeichneten lokalen Erfolge wurden leider durch Stimmenausfall in größeren Dörfern des Wahlkreises, in welchen es uns nicht gelungen war, Versammlungen abzuhalten, wieder zu nichte gemacht. Die Ursache ist in den kolossalen Beeinflussungen der nationalliberalen Gegner, namentlich aber in dem mit Vorliebe gepflegten Mittel der Saalabtreibungen und Einschüchterung der Versammlungseinberufer — welcher nach sächsischem Vereinsgesetz ein Ortseinwohner sein muß — zu suchen. Die angewendeten Mittel der Gegner hier alle aufzuführen ist überflüssig, da die Berichte aus allen Wahlkreisen darthun, daß nach ein- und derselben Schablone gearbeitet worden ist. Man kann wohl behaupten, das erlangte Wahlresultat in Deutschland ist das Ergebniß der mit brutalster Gewalt ausgenutzten ökonomischen Abhängigkeit des Arbeiters. Wie wäre es sonst möglich, daß in unserem Wahlkreise der nationalliberale Kandidat bei der Hauptwahl die relative Mehrheit erlangen konnte, ohne auch nur eine einzige Versammlung im ganzen Wahlkreise abgehalten zu haben! Fabrikanten und deren Werkführer, Ortsvorsteher u. s. w. haben hier ihren Antheil daran. Das Gesammtresultat, ein nach der anfänglich vorgefundenen Stimmung für uns völlig unerwartetes, ergibt für uns einen Verlust von 200 Stimmen gegen die im Jahre 1884 stattgefundene Wahl. Doch darum sind wir nicht muthlos. Wir wissen nun, daß wir es das nächste Mal anders und besser zu machen haben, und die Zeit bis dahin soll zu Vorbereitungen gut ausgenützt werden.

Mainz, 7. Mai. Die 15 verhafteten Genossen sind nunmehr, nachdem sie in den Gefängnissen zu Mainz, Bingen, Osthofen und Pfeddersheim durchschnittlich 14 Tage zugebracht hatten, vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie bereits gemeldet, erfolgte die Verhaftung auf Grund von Beweismitteln, die der Polizei von der Böll-Leyendecker'schen Klique mitgetheilt wurden. Direkt denunziatorisch ist der Maurer **Sebastian Ort** von Hechtsheim aufgetreten, und zwar gegen den Genossen Anderhub daselbst. Außerdem wurde bei dem Genossen Jöst eine zweite Haussuchung vorgenommen, wo die Polizei nach einer ganz bestimmten Kiste an einem ganz genau bestimmten Platze suchte. Von dieser Kiste hatten nur zwei Personen Kenntniß, nämlich der bereits erwähnte Ort und ein anderes Mitglied dieser Klique: **Philipp Feudner,** in der Holzschneiderei von Keil in Mainz beschäftigt. Letzterer hatte diese Kiste früher in Verwahrung, und diese Denunziantenbande hätte sich keine Gewissensbisse gemacht, wenn durch ihre Angabe der Polizei ein den hiesigen Parteigenossen aus der Zeit von vor dem Sozialistengesetz her gehörendes Objekt im Werthe von 600 Mark in die Hände gefallen wäre.

Böll, einer der Bandenführer, gegen den schon in Darmstadt die Genossen Mißtrauen hegten, verkehrte während der Haussuchungen fortwährend mit dem wegen Meineid bekannten Geheimschutzmann **Lämmersdorf,** einem Subjekt niedrigster Sorte, in der Wirthschaft „Zur Sonne", wobei sich die beiden Gauner häufig in ein Extrazimmer begaben, um dort über ihr schmutziges Treiben zu berathen. Auch arbeitet **Böll schon seit Jahresfrist unter der Nr. 34 als Spitzel.**

Leyendecker, den man seither immer noch, trotz seiner gemeinen und niederträchtigen Intriguen, derartiger Thaten nicht für fähig hielt, hat, als er darüber zur Rede gestellt wurde, in ganz zynischer Weise unter Achselzucken erklärt: „Das kommt von Bureauwahl."*) Wenn derselbe auch, was wahrscheinlich ist, nicht direkte Angaben gemacht hat, so ist diese Denunziation doch eine gemeinsame Arbeit dieser traurigen Menschen, die aus Ehrgeiz während der letzten Reichstags- und Gemeinderathswahl die gemeinsten Dinge gegen die Partei verübt haben, und an deren Spitze Leyendecker steht.

Dies Alles sind allerdings Folgen des ganz besonderen Wohlwollens, dessen sich dieser Mensch in gewissen Parteikreisen allzulange erfreute, so daß mehrere Berichte und Bekanntmachungen über die Klique keine Aufnahme im Organ fanden.**)

Es sind nämlich, was ganz besonders zu beachten ist, mehrere Personen denunzirt worden, die dem Ort nicht bekannt sind, ebenso sind der Polizei Dinge bekannt, die mit Bestimmtheit auf eine gemeinsame Arbeit dieser Klique schließen lassen.

Indem wir dies allen Genossen zur Kenntniß bringen, möchten wir noch bemerken, daß man überall da, wo solche Krakehlerkliquen sich bilden, dieselben unter allen Umständen rechtzeitig kennzeichnen sollte, manches Unglück würde dann von der Partei ferngehalten werden

-a. -o.

*) Der Ausdruck „Bureauwahl" bezieht sich auf jene Versammlung, wo diese Klique gegen die Partei auftreten wollte, aber keine Bureauwahl vornehmen ließ, und die daher, da die große Masse nicht abtieß, Bureauwahl zu verlangen, resultatlos verlief.

**) Interna, Lokal- und Personensachen gehören erst dahin, wenn sie an Ort und Stelle (schiedsgerichtlich) erledigt sind.

Anmerkung der Redaktion.

Stuttgart. (Fortsetzung.) Zu Ehren des Geburtstags des alten Heldenkaisers hatten wir auf dem Kreuzweg der alten und neuen Weinstiege an einer hohen Pappel eine — wie das „Tagblatt" schreibt — mächtig lange rothe Fahne angebracht. Es hat doch etwas länger, als das „Tagblatt" meinte, gedauert, bis das Zeichen unserer guten Gesinnung durch die Polizei entfernt werden konnte.

Einer weitverzweigten Verschwörung war die hiesige Polizei auf der Spur. Zahlreiche Haussuchungen mit einem Massenaufgebot überflüssiger Fahnder vermochten jedoch nicht, Herrn Polizeiinspektor Kern, dessen geistige Fähigkeit und polizeilicher Scharfsinn allgemein bewundert werden, brauchbares Material zu liefern. In einzelnen Fällen, namentlich jüngeren Leuten gegenüber, hat der seinem nahen Ende entgegensehende Fahnder Enderle ganz traurige Beweise von Brutalität geliefert.

Jetzt noch ein recht artiges Histörchen von der besseren Gesellschaft. Unlängst stand vor der hiesigen Strafkammer der Opernsänger Jäger, der beschuldigt war, den Hoftheater-Intendanten Werther beleidigt bezw. verleumdet zu haben. Da wurde nun dargethan, daß der jetzige Hofrath Werther, ehemals in Mannheim, ein von allen anständigen Familien verabscheutes, meineidiges Subjekt sei. Ferner, daß dieser Hofrath in seiner Eigenschaft als Intendant der hiesigen Hofbühne mit dem Schauspielerpersonal Kontrakte eingeht, zufolge deren die Engagirten gehalten sind, einen namhaften Theil ihrer Gage dem Ehrenmann Werther zu zahlen. Ebenso werden Beispiele dafür angeführt, daß — natürlich — der weibliche Theil des Theaterpersonals sich in allen Dingen, namentlich bei Besuchen, dem Willen des Intendanten zu fügen hat. Als der Beklagte, der zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurtheilt wurde, die Vernehmung zweier aus Mannheim zur Verhandlung gekommenen Zeugen beantragte, beschloß der Gerichtshof, dem Antrag des Angeklagten nicht Folge zu geben, da die Aussagen dieser Zeugen „voraussichtlich nur der Skandalsucht" dienen würden, dagegen eine Bedeutung für den Gerichtshof nicht haben könnten. So wird's gemacht.

Nun die Kehrseite dieser Gerichtsmedaille. Unlängst standen der Redakteur des demokratischen „Beobachters" und Lehrer Mayer auch vor der Strafkammer wegen Beleidigung des Konsistoriums. Da hatte man Gelegenheit, zu beobachten, mit welcher Wonne der „hohe" Gerichtshof die Zeugenaussage über das Privatleben des einen Angeklagten anhörte. Da bildete die Skandalsucht keinen Grund zum Verzicht auf diese Aussagen. Ja, wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht immer dasselbe.

In dem Prozesse gegen den Sänger Jäger trat auch die für Eingeweihte längst bekannte Thatsache offen zu Tage, daß der von Vielen gefürchtete Kritiker Palm nur dem Sinne des Hoftheater-Intendanten entsprechende Kritiken für das „Tagblatt" liefert. Findet der Intendant keinen Gefallen an einer zum Zwecke eventuellen Engagements gastirenden „Kraft" oder sind „verbrauchte Kräfte" in Ungnade gefallen, so wird einfach für das „Tagblatt" von Palm eine Kritik unter aller Kritik geschrieben, das liebe, sachverständige Publikum spricht gleich einem gelehrigen Papagei die herben Worte des Tadels nach, und so ist das Engagement des Gastes vereitelt oder der Kontrakt engagirter Kräfte gelöst — anscheinend wegen Unbrauchbarkeit der Betreffenden, in der That aber deshalb, weil der geldbedürftige Intendant nicht genügend oder überhaupt nicht — seine Rechnung findet.

Auch ein Beitrag zum Thema von der Korruption der „besseren" Gesellschaft und der Ausbeutung des Proletariats, zu dem ja auch Gelehrte und Künstler zählen, die aber leider in ihrer großen Mehrzahl noch nicht eingesehen haben, daß sie, anstatt in dem Sozialismus den Feind der Kultur zu erblicken, Hand in Hand gehen sollten mit den Sozialdemokraten, um die Drohnen der heutigen Gesellschaft zu vernichten und dadurch die Herbeiführung besserer Gesellschaftseinrichtungen zu ermöglichen. Die zielbewußten Sozialdemokraten Stuttgarts werden unabläßig daran arbeiten, die Idee des Sozialismus zu verbreiten und zu verwirklichen.

F.

*) Greif! Greif! — Etwa derselbe „Vogel-Greif", der vor Jahresfrist an verschiedene Genossen in Basel und Zürich so verlockende „Arbeitsofferten" schrieb; der Mann „mit dem rothen Zettel am Hut" und „dem Regenschirm in der rechten Hand", der sich beim Spitzel-Rendezvous zu Pfingsten vor zwei Jahren in Rheinfelden beinahe eine Tracht Prügel statt der ihm in Aussicht gestellten „rothen Waare" holte? Der biedere „Herr Mainzer", der wackere „Herr Schwarzwälder" postlagernd Freiburg i/B., den wir so lange sozialdemokratisch überwachen und zu „potsdamern" zu lassen das Vergnügen hatten? Der hätte sie ehrlich verdient, die goldene Verdienstmedaille; verdient nebst den hübschen Hundertmarkscheinen, in denen er so harmlos zu blättern verstand, wenn es galt, arme Teufel durch ihre Weiber kirre machen zu lassen!?

**) Zitzer freilich, der verstand sich von jeher auf's rechtzeitige Avanciren. Sollte der etwa wieder einen Fries (alias „Tyali") gefunden haben, der ihm wie damals in Konstanz einen Sallen „Staatsgefährliches" für Geld und gute Worte kaufte und „zum Erwischen" an die Grenze lieferte?

Anmerkung des Korrektors.

so richten wir an die auswärtigen Genossen die Bitte, uns wenn möglich mit Geldmitteln zu unterstützen. Wir würden diesen Schritt nicht wagen, wären nicht bei der letzten Reichstagswahl 20 hiesige Genossen wochenlang inhaftirt und so theilweise ihrer Existenz beraubt gewesen. Sollten Genossen gewillt sein, uns mit Geld zu unterstützen, so mögen sie es an die Expedition des „Sozialdemokrat" senden. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, indem durch die hiesige Schandwirthschaft gegen uns sich die Sympathie der Bevölkerung mehr und mehr für uns erklärt. Wir wollen unsre Rechte ausnutzen bis zur Nagelprobe.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Der bekannte Unbekannte.

Letzte Nachricht.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

In Stettin haben **die Ausweisungen** bereits die Zahl von 45 erreicht, so daß die dortigen Genossen zur Zeit 25 **Familien zu unterstützen haben.** „Man hofft, durch diese Verfolgungen unserer Partei hier den Garaus zu machen," — schreibt man uns von dort — „jedoch werden die nächsten Wahlen zeigen, daß man sich getäuscht. Freilich wird es uns, angesichts der schlechten Erwerbsverhältnisse, fast unmöglich, die nöthigen Unterstützungsgelder aufzubringen, so daß uns Beiträge von auswärtigen Genossen sehr erwünscht wären. Genossen, die gewillt sind, uns ein Scherflein zuzuwenden, mögen solches an die Expedition des „Sozialdemokrat" einsenden.

Wir quittiren hiermit dankend 500 Mk., die von den Berliner Genossen zu diesem Behufe eingegangen sind.

Warnung.

Die Offenburger Parteigenossen warnen vor dem

Schlosser Franz Seyfert

von Aschaffenburg, zur Zeit in Karlsruhe, weil derselbe die Gelder anderer Leute unter schwindelhaften Vorspiegelungen in Anspruch nimmt.

Briefkasten

der Redaktion: Des Festtages halber erfolgte Redaktionsschluß einen Tag früher, es konnten daher verschiedene Einsendungen nicht mehr berücksichtigt werden. — On. in P.: Leider für diese Nummer zu spät. Können Sie uns nicht das betr. Exemplar der „Fr." besorgen? Gruß! — K. Fr. in B.: Auf Ihren Wunsch gehen wir gerne ein. — Stuttg.: Warum so hitzig? Unwahres widerlegt man, und damit basta. — Christ.: Wollten Sie nicht Ihre Erkl. auf das Thatsächliche, d. h. auf ad 1) beschränken? Das Andre ist ja selbstverständlich. — Bse. ꝛc. erhalten aus Bern, Berlin, Cöln, Oberschlesien, Offenburg (bravo! in nächster Nr.). Paris. — R. H. in New-York: Dr. Emil Schopen, früher in Bern, jetzt in Astoria, ist unter Umständen von der Schweiz nach Amerika übergesiedelt, die ihn als politisch vertrauenswürdig nicht erscheinen lassen. Wir können von jeder Verbindung mit ihm nur entschieden abrathen.

der Expedition: Rothe Fahne: Mk. 17 95 à Cto Ab. ꝛc. erh. — Neckarschleimer: Mk. 2 75 à Cto Schft. erh. Adr. notirt. Bstllg. folgt. Bst. Weiteres. — Rother Knopf u. Gen.: Mk. 10 — pr. Usd. dkd. erh. Mk. 5 50 f. Schft. gutgebr. Bst. Gewünschtes ꝛc. — Arbeiter-Vereinigung Oberengadin: Fr. 4 — f. d. streik. Weber in Crimmitschau dkd. erh. u. Fr. 3 — f. d. streikenden Uhrmacher in Selzach an die Red. der „Arbst." abgeliefert? Weshalb Letzteres denn nicht direkt? Schade um Porto u. Schreiberei her und hin? — J. L. Ch. Sg.: Mk. 1 80 Portozuschlag Mai u. Juni erh. Bst. Weiteres — Jugendlicher: Mk. 1 60 Ab. B. erh. Dr. W. sehr unbekannt. Bstllg. folgt. — J. K. Gz.: 5wöch. 3 — Ab. 2. Qu. erh. 25 kr. pr. 3. Qu. vorgetr. — Rothe Taube: Mk. 100 — à Cto Ab. ꝛc. erh. Bstllg. unterwegs. Bst. mehr. — Roland II: Mk. 100 — à Cto. Ab. ꝛc. pr. Wsd. verrechnet. Bs. v. 11. d. hier u. beantw. — Donau: Fr. 50 — pr. 21/4. lt. Avis à Cto gutgebr. Bst. Näheres. — B. W. Baden: Fr. — 65 f. Bbthk. erh. — Das rothe Häuflein: Mk. 23 40 à Cto Ab. ꝛc. erh. Adr. ꝛc. notirt. — Solo: Mk. 3 50 Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Dann sind Sie also der „Solist" zu diesen (hoffentlich kräftigen) 3/4hundert Stimmen. Bravo! — Die rothen H.-H.: Mk. 101 20 à Cto Ab. ꝛc. gutg. Bst. Aufschluß, daß es ar-n. liegt. Adr. notirt. — Commerzienrath jr.: Sdg. v. 16/5. erh. Weiteres besorgt. — Ldkr. C. a. Rh.: Mk. 200 — à Cto Ab. ꝛc. pr. 10/4. gutgebr. Bst. am 17/5. mehr. — Zoroaster: Nachr. v. 14/5. hier. Gruß! — Kannibale: Dank für Rapport v. 13/5. — Rother Apostel: Ihre „Obstruktion" ist uns unbegreiflich. — Bierbauch: Rekl. bestellt. Weiter notifizirt. — Clara: Bs. v. 14/5. erh. Bstllg. ꝛc. folgt. — Reichenstein: Adr. geordn. Avisirtes erwartet. (Schluß in nächster Nr.)

Durch uns ist zu beziehen:

„Die wahre Gestalt des Christenthums"

von Yves Guyot und Sigismond Lacroix.

Uebersetzt von **A. Bebel.**

Preis: Mk. — 50 (Fr. — 65) Von 100 Exemplaren an Mk. 45 —

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen

Expedition des Sozialdemokrat. Volksbuchhandlung.

Hottingen-Zürich.

Zürich Samstag, den 21. Mai, Abends 8½ Uhr, im Café Mutter (früher „Weißes Rößli") an der Schifflände, 1. Stock:

Geschlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Neuwahl des Landesausschusses u. Ergänzungswahlen zum Lokalausschuß.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Lokalausschuß.

Die zur Aufnahme Angemeldeten sind hierdurch zum Besuch der Versammlung eingeladen.

Luzern Alle zuzeisenden Arbeiter, Freunde und Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich unser Verkehrslokal in der Bierhalle „Eintracht" (1. Stock) befindet, und wir nach besten Kräften für Arbeitsvermittlung u. s. w. den Zureisenden an die Hand gehen.

Parteiliteratur liegt auf und finden auch belehrende Diskussionen statt.

Sozialistische Mitgliedschaft Luzern.

Der Vertrauensmann.

Newyork Das Unterstützungskomite der Soz. Arb. Partei in Newyork hat beschlossen, fernerhin keine Unterstützung mehr zu verabfolgen ohne genügende Legitimation von einem Vertrauensmann oder gutbekannten Genossen.

Wir ersuchen die Vertrauensleute ꝛc., die Legitimationen stets an die National-Exekutive zu senden.

Adresse: J. Sulzberger, Sekretär, Nr. 344 E. 18 Str. New-York.